

Migrationsforscher fordert Bleiberecht für Asylbewerber --

epd-Gespräch =

Osnabrück (epd). Der Osnabrücker Migrationsforscher Professor Klaus J. Bade hat ein Bleiberecht für gut ausgebildete Asylbewerber gefordert. "Warum kann man nicht nach kanadischem oder amerikanischen Vorbild bestimmte Flüchtlinge, die in Ausbildung oder Beruf unseren wirtschaftlichen Anforderungen entsprechen, aus dem Asylbereich heraus nehmen und als Einwanderer betrachten?", sagte das Vorstandsmitglied des Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) am Montag in einem epd-Gespräch.

Er vermisste an der vom niedersächsischen Innenminister Uwe Schünemann (CDU) vorgeschlagenen Bleiberechtsregelung die Orientierung am "wirtschaftlichen Eigeninteresse", betonte Bade, der auch Vorstandsmitglied des bundesweiten wissenschaftlichen Rates für Migration ist. In Deutschland sei diese Art der Auswahl offensichtlich noch immer undenkbar. Er habe selbst das Schicksal eines aus dem Kosovo geflüchteten Arztes mitverfolgt, dessen Kinder mittlerweile in den USA die besten Schulabschlüsse machten: "Wir Deutschen hätten die zurückgeschickt in die Minenfelder."

In einem weiteren Punkt würde der Historiker und Publizist den Schünemann-Vorschlag, den er grundsätzlich für gut hält, erweitern. Ausländern, die illegal in Deutschland lebten und arbeiteten, sollte seiner Ansicht nach die Möglichkeit einer befristeten Arbeitserlaubnis eröffnet werden. Bisher versorgten die Meisten mit dem in Deutschland illegal verdienten Geld ihre Familien im Herkunftsland. Durch diese Art der Schattenwirtschaft würden oft insgesamt mehr Gelder in die Dritte Welt überwiesen, als an Entwicklungshilfe gezahlt werde.

"Also gebt denen, die hier arbeiten wollen, die Chance sich zu bewerben und für zwei oder drei Jahre zu bleiben", schlug Bade vor. Voraussetzung müsse jedoch sein, dass sie allein, ohne ihre Familie kämen. "Das würde dem im Grundgesetz festgeschriebenen Schutz der Familie nicht widersprechen."

Es müsse aber beiden Seiten klar sein, dass es sich dabei nicht um Einwanderer handele, sondern um "Arbeitswanderer im Billiglohnsektor", sagte Bade. "Das mag sich für deutsche Ohren hart anhören, aber eine solche Regelung wäre transparenter und aufrichtiger, als die bisherige Illegalität", sagte der Wissenschaftler. Die Zuwanderer lebten dann in Verhältnissen, in denen sie nicht so sehr ausgebeutet würden: "Sie leben immer noch zu 100 Prozent besser als dort, wo sie herkommen."

Innenminister Schünemann hatte vor kurzem vorgeschlagen, langjährig geduldeten Asylbewerbern unter bestimmten Bedingungen ein Bleiberecht zu ermöglichen. Für einen Daueraufenthalt kämen Ehepaare oder Alleinerziehende mit schulpflichtigen Kindern in Betracht und Familien, die ihren Lebensunterhalt durch dauerhafte Beschäftigung selbst bestreiten könnten. (epd Niedersachsen-Bremen/b2473/18.09.06)